TOP .....

Mainz, 25.03.2026

Antrag 0528/2026/1 zur Sitzung Stadtrat am **25.03.2026**

gem. Änderungsantrag: Kleinräumige Gewaltprävention (Die Linke, Die FRAKTION, Volt)-(DIE GRÜNEN, CDU, SPD)

Gewalt in engen sozialen Beziehungen findet häufig im privaten Raum statt – hinter verschlossenen Türen und ohne unmittelbare Zeuginnen oder Zeugen. Für Betroffene ist der Schritt, Hilfe zu suchen oder Anzeige zu erstatten, oft mit Angst, Unsicherheit und großen persönlichen Hürden verbunden. Zudem fehlt häufig Wissen über bestehende Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten.

Mit dem Gewaltschutzgesetz bestehen rechtliche Möglichkeiten, Betroffene unmittelbar zu schützen, etwa durch die Wegweisung des Täters aus der gemeinsamen Wohnung durch die Polizei. Darüber hinaus verpflichtet die Istanbulkonvention Bund, Länder und Kommunen, Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, Prävention zu stärken und Betroffenen umfassenden Schutz zu gewährleisten. Mit dem geplanten Gewalthilfegesetz sollen die bestehenden Hilfestrukturen künftig weiter gestärkt und besser abgesichert werden.

Auch in Mainz leisten spezialisierte Beratungsstellen und Einrichtungen freier Träger wichtige Arbeit für Betroffene von Gewalt, etwa durch Beratung, Schutzangebote und Unterstützung in akuten Krisensituationen. Diese Angebote sind ein zentraler Bestandteil der lokalen Hilfestrukturen.

Gleichzeitig erleben viele Betroffene Gewalt als eine Situation großer Isolation. Selbst wenn Schutzmaßnahmen greifen oder ein Aufenthalt im Frauenhaus notwendig wird, bedeutet dies häufig einen tiefen Einschnitt in den Alltag. Das vertraute Umfeld – Nachbarschaft, Schule, Vereine oder alltägliche Wege im Quartier – geht häufig vorübergehend oder dauerhaft verloren, was insbesondere für Kinder und mit Kindern eine große Belastung bedeutet.

Vor diesem Hintergrund können sozialräumliche Ansätze eine wichtige Ergänzung zu bestehenden Hilfestrukturen darstellen. Quartiere und Nachbarschaften sind Orte des Alltags, an denen Sensibilität für das Thema entstehen, Wissen über Hilfsangebote verbreitet und niedrigschwellige Unterstützung ermöglicht werden kann. Ziel solcher Ansätze ist es, Gewalt stärker als gesellschaftliche Aufgabe im direkten Lebensumfeld sichtbar zu machen.

Gerade in einer Stadt wie Mainz mit gewachsenen Quartiersstrukturen, aktiven Nachbarschaften und vielfältigen sozialen Einrichtungen können solche Ansätze dazu beitragen, bestehende Unterstützungsangebote besser bekannt zu machen und Betroffene frühzeitig zu erreichen.

Gemeinwesenorientierte Modelle zeigen, dass Nachbarschaften aktiv in Prävention, Sensibilisierung und Unterstützung eingebunden werden können. Sie können dazu beitragen, Gewalt im sozialen Umfeld früher wahrzunehmen, Betroffene zu stärken und bestehende Hilfestrukturen sinnvoll zu ergänzen.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen:

- wie Maßnahmen zur Prävention von Gewalt in engen sozialen Beziehungen in Mainz stärker sozialräumlich verankert und über bestehende Quartiersstrukturen unterstützt werden können,

- wie Nachbarschaften, lokale Initiativen, Vereine sowie Einrichtungen im Quartier für das Thema sensibilisiert und in Präventionsansätze eingebunden werden können,

- wie gemeinwesenorientierte Ansätze der Gewaltprävention – in Mainz erprobt oder weiterentwickelt werden könnten,

- inwiefern Pilotprojekte in geeigneten Quartieren dazu beitragen können, bestehende Hilfestrukturen zu ergänzen und Betroffene niedrigschwellig zu erreichen.

Ziel ist es, die bestehenden Hilfs- und Beratungsstrukturen in Mainz sinnvoll zu ergänzen, Prävention zu stärken und das Thema Gewalt in engen sozialen Beziehungen stärker im sozialen Umfeld sichtbar zu machen.

Jonas König (DIE GRÜNEN)
Claudia Siebner (CDU)
Kathleen Herr (SPD)